



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Umweltausschuss	10.10.2018	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Grundwasserbericht 2017 - Grundwasseruntersuchungsprogramm

Anlagen:

Anlagen zum Grundwasserbericht 2017
Entscheidungsvorlage
Grundwasserbericht 2017
Zusammenfassende Präsentation

Sachverhalt (kurz):

Der Umweltausschuss hat zuletzt am 30.11.2011 ein Grundwasseruntersuchungsprogramm sowie eine regelmäßige Berichterstattung zur Grundwassersituation in Nürnberg beschlossen. Der vorliegende Grundwasserbericht 2017 stellt die Fortsetzung des Grundwasserberichts 2011 dar.

Mit diesem Bericht wird die aktuelle Situation bzgl. Grundwasserqualität und -quantität für das Stadtgebiet beschrieben. Daneben werden aktuelle weitere Schwerpunktthemen, wie Wasserhaushalt und Klimawandel, Bauen und Grundwasser sowie Geothermie untersucht. Neben den zahlreichen eigenen Erhebungen und Auswertungen werden v.a. wieder die Untersuchungsprogramme des staatlichen Wirtschaftsamtes und Forschungsergebnisse regionaler Institute vorgestellt. Insofern ist auch der aktuelle Bericht ein Ergebnis guter Zusammenarbeit der Verwaltung mit verschiedenen Stellen.

Die Auswertungen und Erhebungen des Untersuchungsprogrammes dienen einerseits der Bilanz-ierung und Planung effektiver Maßnahmen zum Grundwasserschutz und gleichzeitig bieten sie Bürgern, Planern und staatlichen wie auch städtischen Stellen grundlegende Umweltinformationen für eigene Vorhaben.

Das Grundwasseruntersuchungsprogramm hat sich bewährt und soll mit geringen Anpassungen fortgeführt bzw. aktualisiert werden. Um das Grundwassermessnetz aufrecht zu erhalten bedarf es in Einzelfällen der Errichtung neuer Grundwassermessstellen. Für die dafür benötigten zusätzlichen finanziellen Mittel wird ein Beschluss begehrt.

Druckexemplare des Grundwasserberichts werden in der Sitzung verteilt.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

- Kosten noch nicht bekannt

- Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** 10.000 € pro Jahr

- dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€ davon Sachkosten 10.000 € pro Jahr

davon konsumtiv

€ davon Personalkosten € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja

- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
 Zum Haushaltsplan 2019 wird i.R.d. Kämmereipakets noch eine Ausweitung der Mittel für das Grundwassermonitoring um 10.000.- auf 20.000.- Euro jährlich angemeldet.

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Grundwasserüberwachung als Grundlage für den Grundwasserschutz ist für alle Bürgerinnen und Bürger gleichbedeutend.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 SUN

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. das aktualisierte Grundwasser-Untersuchungsprogramm gemäß Vorlage umzusetzen.
2. den erforderlichen, erhöhten Mittelbedarf von künftig jährlich 20.000,-€ im Rahmen der Haushaltsplanung anzumelden.